

Beschlussvorlage

FB1/076/24

Fachbereich	Zentrale Dienste, Bildung und Soziales
Berichterstatter	Bee, Jochen

Vorlagen-Datum	21.01.2025
----------------	------------

Gremium	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Ausschuss für Bildung und Soziales	20.03.2025	öffentlich

Betreff: Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerberleistungen

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Altenbeken verschiebt die Entscheidung zur Teilnahme am Verfahren „Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerberleistungen in NRW“ auf die zweite Jahreshälfte 2025.

Sach- und Rechtslage:

Das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKJFGFI) hat Mitte Januar verschiedene Informationsveranstaltungen für die Städte und Gemeinden zur Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete durchgeführt. Vertreter der Gemeinde Altenbeken haben an den Veranstaltungen teilgenommen.

Hierbei sind eine Reihe von Fragen im Zusammenhang mit der Einführung der Karte in den Kommunen aufgeworfen worden. Auch bei der Gemeinde Altenbeken und den Nachbarkommunen unseres Kreises sind nach aktuellem Kenntnisstand überwiegend noch keine finalen Entscheidungen zur Einführung der Karte getroffen worden.

Zudem bleiben etliche Fragen rund um den Komplex „Opt-Out-Regelung“ offen, weil hierzu noch politische Abstimmungen innerhalb der Landesregierung andauern. Auch der Städte- und Gemeindebund NRW und der Städtetag NRW haben sich mit einem Fragenkatalog hierzu an das MKJFGFI gewandt.

Die „Opt-Out-Regelung“ könnte von den Gemeinden gewählt werden, wenn man sich dazu entscheidet, die Bezahlkarte nicht einzuführen. Hierzu ist ein Beschluss des Gemeinderates notwendig.

Sollte man sich zu einer Teilnahme entscheiden, so ist ein späterer Austritt weiterhin möglich.

In der Sitzung wird Herr Heldt, Mitarbeiter des Sozialamtes der Gemeinde Altenbeken, über den Stand der Dinge informieren.